



TRAS Trinationaler Atomschutzverband
ATPN Association Trinationale
de Protection Nucléaire

Murbacherstrasse 34
4056 Basel
Schweiz

+41 61 322 06 24
info@atomschutzverband.ch

Bundesrat Martin Pfister
Eidg. Departement für Verteidigung,
Bevölkerungsschutz und Sport (VBS)
Per E-Mail an: triage@sepos.admin.ch

Basel, 31. März 2026

Betreff: Vernehmlassungsantwort zur Sicherheitspolitischen Strategie der Schweiz 2026

Sehr geehrter Herr Bundesrat Pfister,

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, uns zur Sicherheitspolitischen Strategie der Schweiz äussern zu können.

Als Trinationaler Atomschutzverband (TRAS) setzen wir uns seit Jahrzehnten für den Schutz der Bevölkerung vor den Risiken der Atomenergie ein. Vor diesem Hintergrund beurteilen wir die vorliegende Strategie insbesondere hinsichtlich ihrer Einschätzung systemischer Risiken, ihrer Kohärenz mit bestehenden energiepolitischen Zielen sowie ihrer Fähigkeit, langfristige und potenziell katastrophale Gefährdungen angemessen zu adressieren.

Die vorliegende Sicherheitspolitische Strategie bleibt in einem zentralen Punkt unzureichend: Sie verkennt die sicherheitspolitische Tragweite der Atomkraft fundamental. Kernenergie ist keine stabilisierende, sondern eine hochriskante kritische Infrastruktur. Sie ist in besonderem Masse anfällig für Sabotage, Terrorismus, Cyberangriffe und militärische Einwirkungen und weist im Ereignisfall ein Schadenspotenzial von nationaler Tragweite auf, das über Generationen hinweg wirkt.

Ein schwerer Unfall hätte nicht nur unmittelbare Auswirkungen auf Bevölkerung und Umwelt, sondern würde die wirtschaftliche und staatliche Handlungsfähigkeit der Schweiz langfristig beeinträchtigen. Die potenziellen Kosten eines solchen Ereignisses gehen weit über die bestehenden Haftungsregelungen hinaus und würden zu einem erheblichen Teil von der Allgemeinheit getragen.

Gleichzeitig schafft die Nutzung der Atomenergie strukturelle Abhängigkeiten von internationalen Brennstofflieferketten, an denen auch geopolitisch problematische Akteure beteiligt sind. Diese Abhängigkeiten stehen im klaren Widerspruch zum strategischen Ziel, Verwundbarkeiten zu reduzieren und die Resilienz der Schweiz zu stärken.

Vor diesem Hintergrund ist insbesondere ein weiterer Ausbau der Atomenergie – etwa durch die Aufhebung des Neubauverbots – sicherheitspolitisch nicht zu rechtfertigen. Ein

solcher Schritt würde bestehende Risiken und Abhängigkeiten über Jahrzehnte hinaus zementieren, anstatt sie zu verringern.

Wir ersuchen den Bundesrat daher, die sicherheitspolitischen Risiken der Atomkraft in der Strategie umfassend zu berücksichtigen und entsprechende Konsequenzen zu ziehen.

Freundliche Grüsse

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'S.C. Eger', with a horizontal line underneath.

Stephanie-Christine Eger,
Geschäftsleiterin TRAS



TRAS Trinationaler Atomschutzverband
ATPN Association Trinationale
de Protection Nucléaire

Vernehmlassungsantwort zu: Sicherheitspolitische Strategie der Schweiz 2026

Grundsätzliche Beurteilung / Einleitung

Die vorliegende Sicherheitspolitische Strategie verfolgt einen «umfassenden Ansatz» und anerkennt die wachsende Bedeutung nicht-militärischer Risiken für die Sicherheit der Schweiz. Dieser Ansatz ist grundsätzlich zu begrüßen. Sicherheitspolitik kann heute nicht mehr ausschliesslich militärisch gedacht werden, sondern muss systemische Risiken, kritische Infrastrukturen sowie langfristige und grenzüberschreitende Entwicklungen einbeziehen.

Gerade vor diesem Hintergrund bleibt die Strategie jedoch in einem zentralen Punkt unvollständig: Sie verkennt die sicherheitspolitische Tragweite der Atomkraft fundamental.

Kernenergie ist keine stabilisierende, sondern eine hochriskante kritische Infrastruktur. Atomkraftwerke vereinen in besonderem Masse Verwundbarkeit und Schadenspotenzial. Sie sind exponierte Ziele für Sabotage, Terrorismus, Cyberangriffe oder militärische Einwirkungen. Gleichzeitig hätte ein schwerer Störfall Konsequenzen von nationaler Tragweite: grossflächige Unbewohnbarkeit, langfristige Beeinträchtigung von Umwelt und Gesundheit, massive volkswirtschaftliche Schäden sowie eine nachhaltige Einschränkung der staatlichen Handlungsfähigkeit.

Diese Risiken sind nicht hypothetisch, sondern inhärent mit der Technologie verbunden. Sie stehen damit im direkten Spannungsverhältnis zum in der Strategie formulierten Ziel, Verwundbarkeiten systematisch zu reduzieren und die Resilienz der Schweiz zu stärken.

Hinzu kommt eine zweite, sicherheitspolitisch zentrale Dimension, die in der Strategie unzureichend berücksichtigt wird: die strukturelle Abhängigkeit der Schweiz von internationalen Lieferketten für nukleare Brennstoffe.

Die Nutzung der Atomenergie setzt zwingend den Import von Uran sowie dessen Anreicherung und Weiterverarbeitung voraus. Diese Wertschöpfungskette ist global konzentriert und geopolitisch sensibel. Ein erheblicher Teil der AnreicherungsKapazitäten sowie der relevanten Dienstleistungen steht direkt oder indirekt unter Kontrolle staatlicher Akteure aus autoritär regierten Ländern.

Diese Abhängigkeit ist umso problematischer, als die Atomenergie einen bedeutenden Anteil an der Stromproduktion ausmacht. Ein Ausfall oder eine Störung der Lieferketten hätte entsprechend weitreichende Folgen für Versorgungssicherheit, Wirtschaft und gesellschaftliche Stabilität.

Insgesamt entsteht damit ein Risikoprofil, das in der vorliegenden Strategie nicht adäquat abgebildet wird. Während die Reduktion von Abhängigkeiten und die Stärkung der Resilienz als zentrale Ziele formuliert werden, bleibt ein wesentlicher Treiber solcher Abhängigkeiten und Risiken weitgehend unadressiert.

Eine kohärente Sicherheitspolitik muss diese Widersprüche auflösen. Dazu gehört insbesondere, die Atomenergie nicht als Beitrag zur Versorgungssicherheit, sondern als sicherheitspolitisches Risiko zu bewerten und entsprechende strategische Konsequenzen zu ziehen.

Der langfristige Abbau dieser Risiken – insbesondere durch die Reduktion der Abhängigkeit von nuklearen Brennstoffen und durch den Übergang zu resilienteren, dezentralen Energiesystemen – ist aus sicherheitspolitischer Sicht konsequent und notwendig.

Kapitel 2: Das Umfeld – Bedrohungen und Risiken

Die Strategie beschreibt zutreffend eine zunehmende Instabilität der internationalen Ordnung sowie neue Formen hybrider Bedrohungen. Insbesondere der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine wird als sicherheitspolitischer Einschnitt für Europa gewürdigt. In diesem Kontext bleibt jedoch ein zentraler Aspekt unberücksichtigt: die Rolle der zivilen Nuklearindustrie und ihrer geopolitischen Verflechtungen.

Die internationale Nuklearwirtschaft ist stark von staatlichen Akteuren geprägt. Eine Schlüsselrolle spielt dabei der russische Staatskonzern Rosatom, der weltweit zu den führenden Akteuren in der Urananreicherung sowie bei Nukleartechnologien zählt. Rosatom ist eng in die globalen Lieferketten für nukleare Brennstoffe eingebunden und nimmt eine dominante Stellung ein, die es faktisch verunmöglicht, Russland vollständig aus diesen Lieferketten auszuschliessen.

Vor dem Hintergrund des Ukrainekriegs ist diese Abhängigkeit besonders problematisch. Zahlungen für nukleare Brennstoffe leisten indirekt einen Beitrag zur finanziellen und geopolitischen Handlungsfähigkeit des russischen Staates. Gleichzeitig unterliegen Uranlieferungen bislang nur eingeschränkt internationalen Sanktionen. Damit entsteht ein sicherheitspolitischer Zielkonflikt: Während die Schweiz Sanktionen zur Wahrung des Völkerrechts unterstützt, bleibt sie über die nukleare Brennstoffversorgung potenziell in wirtschaftliche Beziehungen mit entsprechenden Akteuren eingebunden.

Diese strukturelle Abhängigkeit widerspricht dem in der Strategie formulierten Ziel, Verwundbarkeiten und kritische Abhängigkeiten systematisch zu reduzieren. Sie schafft vielmehr neue sicherheitspolitische Risiken, etwa durch mögliche Lieferunterbrüche, politische Instrumentalisierung von Energieexporten oder durch Zielkonflikte in der Aussenpolitik.

Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass die zivile Nutzung der Kernenergie untrennbar mit militärisch relevanten Technologien verbunden ist. Technologien wie Urananreicherung oder Plutonium-Recycling sind klassische Dual-Use-Anwendungen. Ihre Verbreitung im zivilen Kontext senkt global die Schwelle zur nuklearen Proliferation und trägt zur langfristigen Destabilisierung der internationalen Sicherheitsordnung bei.

Ein weiterer zentraler Aspekt ist die zunehmende Bedeutung von Angriffen auf kritische Infrastrukturen. In der Strategie wird zu Recht auf Cyberangriffe und hybride Bedrohungen hingewiesen. Atomkraftwerke stellen in diesem Kontext besonders exponierte Ziele dar.

Viele Anlagen – auch in der Schweiz – wurden in einer Zeit konzipiert, in der heutige Bedrohungsszenarien wie koordinierte Cyberangriffe, Drohnenangriffe oder militärische Einwirkungen nicht im heutigen Ausmass berücksichtigt wurden. Trotz Nachrüstungen bleibt eine strukturelle Verwundbarkeit bestehen.

Ein erfolgreicher Angriff auf ein Atomkraftwerk hätte potenziell katastrophale Folgen: Neben unmittelbaren Versorgungsengpässen könnte es zu grossflächigen radioaktiven Freisetzungen kommen, mit langfristigen Auswirkungen auf Bevölkerung, Umwelt und Wirtschaft.

Damit unterscheidet sich die Atomenergie grundlegend von anderen kritischen Infrastrukturen: Sie ist nicht nur verletzlich, sondern ihr Ausfall oder ihre Beschädigung kann selbst zu einem sicherheitspolitischen Grossereignis führen.

Insgesamt zeigt sich, dass die zivile Nutzung der Kernenergie im internationalen Kontext nicht nur eine Frage der Energieversorgung ist, sondern eng mit geopolitischen, militärischen und sicherheitspolitischen Risiken verknüpft ist. Diese Zusammenhänge werden in der vorliegenden Strategie nicht ausreichend berücksichtigt und sollten entsprechend ergänzt werden.

Kapitel 3: Die Schweiz – Merkmale und Verwundbarkeiten

Die Strategie hebt die Abhängigkeit der Schweiz von internationalen Lieferketten sowie von Energieimporten hervor. Diese Analyse ist korrekt, bleibt jedoch unvollständig, solange die spezifische Abhängigkeit von nuklearen Brennstoffen nicht explizit adressiert wird.

Die Schweiz verfügt über keine eigenen Uranressourcen und ist vollständig auf Importe angewiesen. Diese Abhängigkeit betrifft nicht nur den Rohstoff selbst, sondern auch sämtliche vorgelagerten Verarbeitungsschritte. Hier sei der Staatskonzern Rosatom erwähnt: er ist führend in der Urananreicherung und gehört zu den grössten Akteuren hinsichtlich Uranreserven. Gleichzeitig steht Rosatom im Kontext des Ukrainekriegs in schwerwiegender Kritik; dem Unternehmen werden Verstrickungen in völkerrechtswidrige Handlungen zugeschrieben.

Vor diesem Hintergrund ist es sicherheitspolitisch und völkerrechtlich problematisch, dass über die nuklearen Brennstofflieferketten weiterhin wirtschaftliche Beziehungen zu solchen Akteuren bestehen. Zahlungen in diese Lieferketten tragen indirekt zur finanziellen und geopolitischen Handlungsfähigkeit des russischen Staates bei. Dies steht im Widerspruch zu den Grundsätzen der Schweizer Aussenpolitik sowie zur Unterstützung internationaler Sanktionen.

Aus völkerrechtlicher und humanitärer Perspektive wäre es konsequent, auf den Bezug von Brennstoffen unter russischer Beteiligung zu verzichten. Ein solcher Schritt müsste mit einer umfassenden Analyse und Offenlegung der Lieferketten einhergehen und könnte mit der Forderung nach entsprechenden Sanktionsmassnahmen gegenüber beteiligten Akteuren verbunden werden.

Diese Abhängigkeit wiegt besonders schwer, da die Kernenergie einen bedeutenden Anteil an der Stromproduktion der Schweiz ausmacht. Ein Ausfall von Lieferketten oder eine geopolitisch bedingte Störung hätte daher unmittelbare und weitreichende Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und die gesellschaftliche Stabilität. Bereits kurzfristige Unterbrüche in der Brennstoffversorgung könnten den Betrieb einzelner Anlagen einschränken oder verunmöglichen und damit substantielle Teile der Stromproduktion beeinträchtigen.

Die Folgen eines solchen Ausfalls wären nicht auf den Energiesektor beschränkt. Sie würden sich entlang der gesamten Wertschöpfungsketten auswirken – von der Industrieproduktion über kritische Infrastrukturen bis hin zu Dienstleistungen und öffentlicher Verwaltung. In einer stark elektrifizierten und vernetzten Volkswirtschaft wie der Schweiz kann eine Störung der Stromversorgung rasch systemische Effekte entfalten und andere sicherheitsrelevante Bereiche mitbetreffen.

Gerade vor dem Hintergrund einer zunehmend fragmentierten Weltordnung und wachsender geopolitischer Spannungen ist eine derart ausgeprägte Abhängigkeit von sensiblen, global konzentrierten Lieferketten sicherheitspolitisch problematisch. Sie steht im Widerspruch zum strategischen Ziel, Verwundbarkeiten zu reduzieren und die Resilienz der Schweiz nachhaltig zu stärken.

Kapitel 4: Stossrichtungen und Ziele

Stossrichtung 1: Resilienz stärken

Die Stärkung der Resilienz ist ein zentrales und richtiges Ziel der Strategie. Allerdings wird dieses Ziel im Bereich der Energieversorgung nicht konsequent umgesetzt.

Resilienz bedeutet, Systeme so zu gestalten, dass sie Störungen verkraften und sich schnell erholen können. Zentralisierte Grossinfrastrukturen mit hohem Schadenspotenzial stehen diesem Prinzip grundsätzlich entgegen. Atomkraftwerke bündeln grosse Teile der Stromproduktion an wenigen Standorten und schaffen damit sogenannte «Single Points of Failure».

Ein Ausfall – sei es durch technische Störung, Angriff oder Unfall – hätte unmittelbare und weitreichende Folgen für das gesamte System. Im Gegensatz dazu erhöhen dezentrale, erneuerbare Energiesysteme die Widerstandsfähigkeit, da sie weniger anfällig für systemische Ausfälle sind und Störungen lokal begrenzt bleiben.

Besonders relevant ist zudem das Risiko eines schweren Unfalls im Kontext der Resilienz. Ein solches Ereignis würde nicht nur die Energieversorgung beeinträchtigen, sondern die Resilienz der gesamten Gesellschaft massiv schwächen – durch langfristige Evakuierungen, wirtschaftliche Einbrüche und strukturelle Schäden.

Stossrichtung 2: Abwehr und Schutz verbessern

Die Strategie betont die Bedeutung des Schutzes der Bevölkerung vor vielfältigen Risiken. In diesem Zusammenhang ist festzuhalten, dass die bestehenden Atomkraftwerke ein besonderes Gefährdungspotenzial darstellen, das in seiner Tragweite über konventionelle Risiken deutlich hinausgeht – wie wir aktuelle auch in der Ukraine sehen.

Der Schutz vor externen Einwirkungen – insbesondere vor gezielten Angriffen, Sabotageakten, Cyberoperationen oder militärischen Einwirkungen – muss integraler Bestandteil der Sicherheitsbewertung sein. Die bestehenden Anlagen wurden jedoch in einer Zeit konzipiert, in der heutige Bedrohungsszenarien nur unzureichend berücksichtigt wurden. Dazu zählen insbesondere koordinierte hybride Angriffe, der Einsatz neuer Technologien wie Drohnen oder präzisionsgelenkter Waffen sowie komplexe Cyberangriffe auf vernetzte Steuerungssysteme.

Selbst bei umfangreichen Nachrüstungen bleibt ein Restrisiko bestehen, das aufgrund der potenziellen Schadensdimension nicht akzeptabel ist. Ein einzelnes Versagen – sei es infolge technischer Defekte, menschlichen Fehlverhaltens oder externer Einwirkungen – kann Ereignisse auslösen, deren Folgen die Kapazitäten des Bevölkerungsschutzes bei weitem übersteigen würden. Evakuierungen im grossen Stil, langfristige Umsiedlungen sowie die Sicherstellung von Versorgung, Gesundheitsversorgung und öffentlicher Ordnung über Jahre oder Jahrzehnte hinweg würden staatliche Strukturen massiv belasten oder überfordern.

Hinzu kommt, dass der Bevölkerungsschutz im Falle eines schweren Atomunfalls nur begrenzt wirksame Mittel zur Verfügung hat. Während bei anderen Gefahrenlagen Schadensbegrenzung und Wiederherstellung innerhalb überschaubarer Zeiträume möglich sind, kann eine radiologische Kontamination ganze Regionen langfristig unbewohnbar machen. Der Schutz der Bevölkerung stösst hier an strukturelle Grenzen,

die sich auch durch organisatorische oder technische Massnahmen nicht vollständig überwinden lassen.

Gravierend ist ausserdem, dass das potenzielle Schadensausmass eines schweren Atomunfalls in der Strategie nicht angemessen berücksichtigt wird. Studien im Kontext der Schweiz gehen davon aus, dass ein Super-GAU Schäden in der Grössenordnung von mehreren tausend Milliarden Franken verursachen kann. Bereits frühere Berechnungen des Bundesamts für Energie gingen von möglichen Schäden von bis zu rund 4'000 Milliarden Franken aus. In erweiterten Szenarien und unter Berücksichtigung langfristiger volkswirtschaftlicher Folgekosten (Produktionsausfälle, Umsiedlungen, Gesundheitsfolgen, Verlust von Infrastruktur und Boden) werden in der Literatur sogar Schadensdimensionen von bis zu 8'000 Milliarden Franken diskutiert.

Demgegenüber steht eine Haftungsdeckung von lediglich rund 1,5 Milliarden Euro. Diese Diskrepanz zeigt deutlich: Ein grosser Teil des Risikos wird faktisch von der Allgemeinheit getragen. Die Atomenergie stellt damit nicht nur ein sicherheitspolitisches, sondern auch ein erhebliches finanz- und staatspolitisches Risiko dar.

Vor diesem Hintergrund ist festzuhalten, dass Atomkraftwerke nicht nur ein zu schützendes Objekt darstellen, sondern selbst eine erhebliche Gefahrenquelle für die Bevölkerung sind. Eine Strategie, die den Schutz der Bevölkerung in den Mittelpunkt stellt, muss diesem Umstand konsequent Rechnung tragen und die damit verbundenen Risiken systematisch reduzieren.

Zentrale Hochrisiko-Infrastrukturen wie Atomkraftwerke bergen erhebliche systemische Risiken: Ein Angriff kann nicht nur Ausfälle, sondern großflächige Katastrophen mit langfristigen Folgen für Bevölkerung, Umwelt und Wirtschaft verursachen. Der Schutz solcher Anlagen bindet enorme Ressourcen, während ihr Fortbestand selbst gefährlich ist.

Diese Verwundbarkeit wird durch zentralisierte Energiesysteme verstärkt: Einzelne Großkraftwerke fungieren als „Single Points of Failure“, deren Ausfall Kettenreaktionen in kritischen Bereichen auslösen kann.

Dezentrale Energiesysteme auf Basis erneuerbarer Energien sind hingegen deutlich resilienter. Stromproduktion verteilt sich auf viele kleinere, geografisch getrennte Anlagen, wodurch Angriffsflächen fragmentiert und Schäden lokal begrenzt bleiben.

Aus sicherheitspolitischer Sicht reduziert ein dezentrales System die Attraktivität von Angriffszielen, erschwert koordinierte Angriffe und stärkt die gesamtstaatliche Widerstandsfähigkeit. Der Ausbau zentralisierter Hochrisiko-Infrastrukturen widerspricht daher den Verteidigungszielen. Strategisch sinnvoll ist eine Diversifizierung und Dezentralisierung der Energieversorgung als Teil einer modernen Sicherheitsarchitektur.

Schlussfolgerungen

Die Analyse der Strategie zeigt eine grundlegende Inkohärenz: Einerseits wird die Reduktion von Verwundbarkeiten und Abhängigkeiten als zentrales Ziel formuliert, andererseits bleibt ein zentraler Treiber solcher Risiken – die Atomenergie – weitgehend unberücksichtigt.

Eine kohärente Sicherheitspolitik muss diese Widersprüche auflösen. Dazu gehört insbesondere:

- die explizite Anerkennung der Atomenergie als sicherheitspolitisches Hochrisiko,
- die realistische Bewertung des potenziellen Schadensausmasses, einschliesslich volkswirtschaftlicher Kosten im Bereich von mehreren tausend Milliarden Franken,
- die Berücksichtigung der strukturellen Abhängigkeit von Uran- und Brennstofflieferketten,
- die explizite Anerkennung des hohen Sicherheitsrisikos, das die Schweizer Atomkraftwerke darstellen, da sie klare Zielscheiben von Angriffen sind – wie aktuell im Ukrainekrieg zu beobachten,
- die Berücksichtigung der strukturellen Verwundbarkeit der Schweizer Anlagen, die in einer Zeit konzipiert wurden, als Cyberangriffe, Drohnenangriffe oder militärische Einwirkungen nicht im heutigen Ausmass bedacht wurden.

Dazu zählt insbesondere der Verzicht auf einen weiteren Ausbau der Atomenergie. Eine Aufhebung des Neubauverbots würde bestehende Risiken und Abhängigkeiten über Jahrzehnte hinweg zementieren und steht im klaren Widerspruch zu den Zielen der Strategie.

Aus sicherheitspolitischer Sicht ist vielmehr ein gegenteiliger Ansatz angezeigt: die schrittweise Reduktion nuklearer Risiken und der konsequente Übergang zu einem resilienteren, dezentralen Energiesystem.